

Noch keine Deponie für Atommüll: CDU attackiert Habeck

KIEL Als Flucht aus der Verantwortung bezeichnete der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Heiner Rickers, den gestern von Umweltminister Robert Habeck (Grüne) verkündeten „Kurswechsel“ bei der Verbringung von freigesammeltem Bauschutt aus abgebauten Kernkraftwerken. „Nachdem Habeck die Menschen nicht überzeugen konnte, will er nun die Verantwortung für die Verbringung des Schutts an die Betreiber und die Standortkreise abgeben. Glaubt er ernsthaft, dass diese es besser können?“, fragte Rickers.

Habeck hatte zuvor dem Umwelt- und Agrarausschuss berichtet, dass es grundsätzlich Angelegenheit der Betreiber und der für sie

zuständigen öffentlichen rechtlichen Entsorgungsträger und damit der Kreise sei, eine Deponiemöglichkeit zu finden. „Wir haben aber angesichts der erwartbaren Debatten und Sorgen ein breit

Ärger auch beim Thema Gift-Honig

KIEL Auch beim Streit um möglicherweise durch das Jakobskreuzkraut vergifteten Honig hat die CDU gestern Kräftig gegen Robert Habeck ausgeteilt. Der Unions-Abgeordnete Hauke Göttsch warf dem Umweltminister eine Hinhalte-Taktik vor. Um seine Wahl zum Spitzenkandidaten der Bundes-Grünen nicht zu gefährden, habe Habeck die Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen zum Gehalt von Pyrrolizidinalkalo-

angelegtes Dialogangebot gemacht. Der Vorschlag einer Entsorgungsvereinbarung war freiwillig, um für mehr Transparenz und zusätzliche Sicherungsmechanismen zu sorgen und gemeinsam die

id (PA) in Honigproben auf Ende des Jahres verschoben. Schließlich müsste bei dem von der CDU erwarteten Ergebnis das Kraut vor allem auf Flächen der landeseigenen Stiftung Naturschutz vernichtet werden. Habeck komme seiner „Verantwortung als Verbraucherschutzminister und als Landwirtschaftsminister nicht nach“. Unsinn, konterte das Ministerium. Das Programm sei schlicht noch nicht abgeschlossen. *kim/mki*

Verantwortung zu übernehmen. Dieser Ansatz hat sich in der Diskussion bislang nicht durchgesetzt“, räumte Habeck ein. Für weitere Gespräche über einen solchen Entsorgungspakt müssten Signale von den kommunalen Spitzenverbänden kommen. „Gegen das Votum der Kommunen geht es nicht“, so der Grünen-Politiker.

Ohne eine Entsorgungsvereinbarung greife dann der rechtlich vorgesehene, normale Mechanismus. „Nur wenn keine Deponierungsmöglichkeiten gefunden werden, wäre als Ultima Ratio eine Anordnung des Landes denkbar. An diesem Punkt sind wir glücklicherweise noch längst nicht. Es wäre aus Sicht des Ministeriums zudem die schlechteste

Lösung“, so der Umweltminister weiter.

Habeck habe auf jeder Informationsveranstaltung gesagt, dass er den freigesammelten Müll geeigneten Standorten zuweisen werde, wenn sich kein Standort freiwillig zur Aufnahme bereit erklärt. „Offenbar hatte er nicht damit gerechnet, dass er die Menschen nicht überzeugen kann. Statt nun als Minister zu agieren, stiehlt er sich lieber aus der Verantwortung“, wirft Rickers dem Minister vor. Habeck schein die Vermeidung eines Problems mit der grünen Basis wichtiger zu sein, als das Problem der Einlagerung. „Das qualifiziert ihn nicht als Landesminister – und schon gar nicht für eine Rolle in Berlin“, so Rickers. *hl*